

Demonstrieren! Blockieren! Okkupieren! - Blockupy Frankfurt und die Produktion des Politischen

Mullis, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mullis, D. (2015). Demonstrieren! Blockieren! Okkupieren! - Blockupy Frankfurt und die Produktion des Politischen. *Europa Regional*, 23(1), 20-32. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-460982>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Demonstrieren! Blockieren! Okkupieren! – Blockupy Frankfurt und die Produktion des Politischen

DANIEL MULLIS

Zusammenfassung

Blockupy ist mit seinen Aktionstagen einer der breitesten Versuche, die europäische Austeritätspolitik, die seit 2010 umgesetzt wird, innerhalb Deutschlands zu politisieren. Dabei kann von der Formierung eines „Momentes des Politischen“ gesprochen werden. Ausschlaggebend dafür war die Kombination aus räumlicher Verankerung der Protesthandlung in der Global City Frankfurt mit Aktionen des zivilen Ungehorsams. Anschließend an Arbeiten von LEFEBVRE, LACLAU und MOUFFE sowie RANCIÈRE wird im Artikel dem Verhältnis zwischen widerständigen Raumproduktionen, der historischen Formierung der Krise und der Stadt Frankfurt sowie deren Herstellung als Bühne für den Protest nachgegangen. Herausgearbeitet wird, dass Räumlichkeit nicht nur Kulisse für politische Auseinandersetzungen, sondern selbst auch Umkämpftes, zu Formendes und Veränderbares ist.

Blockupy, Frankfurt, Soziale Bewegungen, das Politische, Raumproduktion, ziviler Ungehorsam

Abstract

Demonstrate! Blockade! Occupy! – Blockupy Frankfurt and production of the political

Blockupy in Germany is one of the broadest attempts to politicize the European austerity measures, which have been installed throughout Europe since 2010. Overall it can be spoken of the production of a “political moment”. What allowed Blockupy to form itself as collective political subject was not least the combination of embedding the protest in the Global City Frankfurt with the practices of civil disobedience. Following up on LEFEBVRE, LACLAU/MOUFFE as well as RANCIÈRE the relations between dissident productions of space, the historical formation of the crisis and the constitution of Frankfurt as stage for the protests are highlighted. The aim is to elaborate that space as such can never be a mere backdrop; it is on the contrary always contested, has to be formed and is importantly part of change itself.

Blockupy, Frankfurt, social movements, the political, creation of space, civil disobedience

Einleitung

Blockupy Frankfurt ist einer der breitesten Versuche innerhalb Deutschlands, die europäische Austeritätspolitik, die im Zuge der aktuellen ökonomischen, politischen und sozialen Krise in Europa seit 2010 umgesetzt wurde und weiter umgesetzt wird, zu politisieren. Das Anfang 2012 gegründete linke und weitestgehend kapitalismuskritische Blockupy-Bündnis besteht aus einem Zusammenschluss politischer Akteur_innen von linken Gewerkschafter_innen, Parteipolitiker_innen, der Partei die Linke und NGOs bis hin zu Gruppen der radikalen Linken. Der arabische Frühling, die Platzbesetzungen in Spanien und Griechenland sowie die weltweite Occupy-Bewegung des Jahres 2011, aber auch die Auseinandersetzungen in der Türkei und Brasilien 2013 waren wichtige Referenzen. Blockupy ist aber nicht mit diesen Bewegungen gleichzusetzen – und, Blockupy ist nicht Occupy.

Im Mai 2012 und 2013 trat Blockupy mit je mehrtägigen Aktionstagen in Frankfurt am Main (i. F. Frankfurt) sowie mit europäischen Aktionstagen im Mai 2014 in Erscheinung. Hinzu kamen zwischen 2012 und 2014 diverse (internationale) Vernetzungstreffen. Und zum Zeitpunkt des Verfassens des Textes, im Herbst 2014, rief Blockupy zur „Blockade“ der für den 18. März 2015 angekündigten Eröffnungsfeierlichkeiten des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) im Frankfurter Ostend auf (BLOCKUPY 2014b). „Im Herzen des europäischen Krisenregimes“ (BLOCKUPY 2013c) sollte nach dem Willen des Bündnisses eine hörbare Kritik an der Austeritätspolitik der Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) formuliert sowie ein Zeichen der Solidarität mit den von der Krise unmittelbar betroffenen Menschen in Südeuropa gesetzt werden.

Im Anschluss an Ernesto LACLAU (1990, S. 34f.) wird Blockupy hier als ein „Moment des Politischen“ verstanden. Darunter fasst LACLAU ein Moment, in dem „the undecidable nature of the alternatives and their resolution through

power relations becomes fully visible“ (ebd., S. 35). Jens KASTNER (2012, S. 57) verdeutlicht, dass politische Momente nicht per se mit unmittelbar fassbaren Veränderungen wie etwa Wahlerfolgen, Parteienbildungen o.ä. gleichgesetzt werden dürfen. Stattdessen müsse die Bedeutung des niemals rein symbolischen Brechens mit einer vermeintlich unumstößlichen gesellschaftlichen Ordnung hervorgehoben werden; und dies nicht obwohl, sondern gerade weil die Wirksamkeit des Bruchs nur schwer fassbar ist. Von Bedeutung ist dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der postpolitischen (vgl. WILSON u. SWYNGEDOUW 2014) Behauptung der Alternativlosigkeit der aktuellen Austeritätspolitik (vgl. BROST 2010).

Für den Beitrag ist die These leitend, dass es erst die Kombination aus räumlicher Verankerung der Protesthandlung in der Global City Frankfurt mit Aktionen des zivilen Ungehorsams war, die es Blockupy ermöglichte, als kollektives politisches Subjekt aufzutreten. Das Verhältnis zwischen Protesthandlung und dem Ort der Ereignisse ist dabei zentral: Frankfurt wurde einerseits als Ort des Protestes vom Bündnis selbst gesetzt, womit eine Konstruktionsleistung einher geht, andererseits ist die Bezugnahme auf Frankfurt tief in die historische Formierung der Stadt als Global City verwurzelt. Aus einer geographischen Perspektive, aufbauend auf Debatten um Rauproduktion im Anschluss an Henri LEFEBVRE (1991), wird hier argumentiert, dass Räumlichkeit nicht nur Kulisse für politische Auseinandersetzungen, sondern selbst auch Umkämpftes, zu Formendes und Veränderbares ist. Dies ist ein Aspekt, der in den Debatten um politische Momente, aber auch in den Diskussionen um die Platzbesetzungen in den letzten Jahren zu kurz kommt, aber darauf verweist, dass die diskursive und materielle Produktion des Raumes selbst auch ins Blickfeld zu nehmen ist. Im Beitrag liegt der Fokus auf der Frage, wie dieser politische Moment bei Blockupy im und mittels Raum praktisch hervorgebracht wurde. Dabei steht also nicht das Ringen um den Bruch, son-

dern die Hervorbringung dessens im Zentrum der Aufmerksamkeit, was es methodologisch nahelegt, die Ereignisse aus der Perspektive jener Bewegungen zu schildern, die diesen Bruch anstreben.

Die zentrale gesellschaftstheoretische Referenz für das Argument bildet die Hegemonietheorie nach LACLAU und MOUFFE (1991). Der ihnen nahestehende RANCIÈRE (2002) hilft dabei, auf spezifische Aspekte des Momentes des Bruchs vertieft einzugehen. Der Rückbezug auf LEFEBVRE (1991) dient der Fokussierung auf Fragen der Räumlichkeit und der Bedeutung des Materiellen. Wichtige Vorarbeiten in der Geographie haben u.a. Erik SWYNGEDOUW (2011, S. 2013) und Mustafa DIKEÇ (2002; 2005; 2012) geleistet. Zentral ist, dass DIKEÇ wie SWYNGEDOUW anders als in der deutschsprachigen Geographie weit verbreitet (vgl. GLASZE u. MATTISSEK 2009), LACLAU und MOUFFE (1991) nicht als *diskursanalytische* Methode, sondern als *diskurstheoretische* Perspektive auf Gesellschaft auffassen. LACLAU und MOUFFES Ansatz wird dabei als allgemeines Untersuchungsparadigma herangezogen, um Kontingenz, Historizität, Machtverhältnisse und das Primat des Politischen ins Zentrum zu rücken (HOWARTH 2005, S. 317). Insgesamt soll im Folgenden die Ansätze von LACLAU und MOUFFE und RANCIÈRE, die gemeinsam auf das konstitutive Potenzial politischer Momente verweisen (vgl. MARCHART 2010), für die Debatten um die Relevanz von Raum für sozialen Wandel fruchtbar gemacht werden.

Die empirische Grundlage bilden 12 Beobachtungsprotokolle, die im Zuge der regelmäßig stattfindenden bundesweiten Treffen von Blockupy, lokalen Informationsveranstaltungen und der Aktionstage 2013 entstanden sind. Weiter wurden ebenfalls im Rahmen der Aktionstage 2013 acht Expert_innen-Interviews mit Aktivist_innen geführt und zwischen 2012 und 2014 ein Korpus von über 80 Pressemitteilungen des Bündnisses sowie der Stadt Frankfurt zusammengestellt. Relevant ist auch die Presseberichterstattung der Frankfurter Rundschau (FR) und der Frankfurter Allgemeine Zei-

tung (FAZ). Der Fragestellung folgend wird in einem ersten Teil auf die praktische und geschichtliche Situiertheit von Blockupy eingegangen. Darauf aufbauend werden zwei als wesentlich bestimmte Aspekte – der zivile Ungehorsam und die Rolle Frankfurts – theoretisch reflektiert. Zuvor folgen einige Anmerkungen zu der aktuellen Debatte um Raum und soziale Bewegungen sowie eine Skizzierung einer von LACLAU und MOUFFE sowie RANCIÈRE inspirierten Intervention in die Debatte.

Raum, soziale Bewegungen & das Politische – einige Anmerkungen

Henri LÉFEBVRE (1968; 1976) und Manuel CASTELLS (1983, 2012) widmeten sich Ende der 1960er Jahre intensiv den Themenfeldern Räumlichkeit und sozialer Wandel. Explizit diskutierten sie die Rolle von Urbanität; erst 1974 verallgemeinerte LÉFEBVRE seine Argumente in einer Raumtheorie (LÉFEBVRE 1991). Auf diesen Schriften zum Urbanen aufbauend entfaltete sich eine Debatte um die Spezifika „urbaner sozialer Bewegungen“, die bis heute anhält (vgl. City 2009, 13(2-3); Geoforum 2012, 43(4); IJURR 2014, 38(5)). Wenn auch die urbane Frage schon vor LÉFEBVRE und CASTELLS angesprochen wurde (ENGELS 1845; MERRIFIELD 2002; SOUZA 2012), so hat sie seit den 1970er Jahren wesentlich an theoretischer Kontur gewonnen und dreht sich dabei nicht zuletzt um das von David HARVEY formulierte Spannungsverhältnis: „Is the city [...] merely a passive site [...] – the place of appearance – where deeper currents of political struggle are expressed? [...] Or is there something about the urban process and the urban experience [...] under capitalism that, *in itself*, has the potential to ground anti-capitalist struggles?“ (HARVEY 2012, S. 117-120). Die Frage nach dem „*in itself*“ tendenziell mit ja beantwortend, definiert Margit MAYER (2008, S. 295, Herv. i. O.) urbane soziale Bewegungen „insofern als *soziale* Bewegungen [...], als [sie als] kollektive Akteure mobilisierend in den Prozess sozialen bzw. politischen Wandels eingreifen, und als *städtisch*, wenn

ihre Ziele und ihre Aktionsbasis auf die Stadt und dort relevante Entscheidungsprozesse bezogen sind“.

Urbane soziale Bewegungen – ein aktuelles Konzept?

Vor dem Hintergrund der aktuellen Protestbewegungen, die vielfach sehr prominent in Städten lokalisiert sind, tauchen m. E. aber definitorische Probleme auf. So sehen GESTRING et al. (2014, S. 8f.) die Proteste auf dem Tahrir-Platz 2011 nicht, sehr wohl aber jene um den Gezi-Park 2013 als urbane soziale Bewegungen. Bestimmend für ihre Kategorisierung ist, dass die Proteste in Istanbul im Gegensatz zu Kairo nicht nur in einer Stadt stattgefunden, sondern diese selbst zu politisieren versucht hätten. Mit LÉFEBVRE (1991) kann erwidert werden, dass Raum aber niemals *reine* Bühne sein kann, sondern immer auch Umkämpftes ist, und dass eine Definition von Protesten, die im Kern auf die Binärität städtisch/nicht städtisch abzielt, problematisch ist. Dies gilt eigentlich für alle Proteste – ganz gleich was ihr unmittelbarer Auslöser ist –, umso mehr aber wenn sie so tiefgreifend in die gesellschaftliche Verfasstheit eingreifen, wie das in Kairo, Athen, Madrid oder Istanbul der Fall war. Mit seinem Modell der Ebenen des gesellschaftlichen Wirklichkeits hatte LÉFEBVRE (1976, S. 85-112) auf die vielschichtige Verwobenheit konkreter gesellschaftlicher Hervorbringungen verwiesen und damit nahegelegt, dass jedes Produkt gesellschaftlicher Produktion – wie Stadt – immer auch Träger von aufeinander verweisenden herrschaftlichen Mustern, abstrakten Ideologien, aber auch alltäglicher und aufbrechender Praktiken ist. Jede konkrete Politisierung wie etwa das Widersetzen gegen das Roden von Bäumen in einem städtischen Park zielt sodann zumindest potenziell auf abstrakte gesellschaftliche Herrschaftszusammenhänge; aber auch jede abstrakte Politisierung wie etwa der Neoliberalisierung oder Austerität verweist auf Orte und beinhaltet ein Konkretes (SWYNGEDOUW 2011, S. 371).

Weiter ist zu fragen, was das Urbane in urbanen sozialen Bewegungen aktuell sein kann. Dies vor allem weil die von LÉFEBVRE (1976, S. 7) angekündigte „vollständigen Verstärkung der Gesellschaft“ heute angesichts des rasanten Wachstums – in Zahlen und Bedeutung – von Städten als Realität betrachtet werden muss (MERRIFIELD 2013, S. 910). Die Stadt, meinte schon LÉFEBVRE (1968, S. 43f.), habe ihre fixen räumlichen Grenzen gesprengt und existiere nur noch als Behauptungen über ihr vermeintliches Sein. Das daraus hervorgehende Urbane sei somit „eine reine Form: der Punkt der Begegnung, der Ort einer Zusammenkunft, die Gleichzeitigkeit“ (LÉFEBVRE 1976, S. 128). Andy MERRIFIELD (2013, S. 916) argumentiert anschließend: „The urban is nothing in itself, nothing outside dynamic social relations, a coming together of people.“ Wenn dem so ist, dann wird aber die analytische Kategorie des Urbanen zur Bestimmung von Protest entweder nichtssagend, weil jeder Protest urban ist, oder sie bezieht sich weiterhin auf ein Konkretes, das *als solches* nicht existiert.

Dies in Teilen aufgreifend argumentieren RODGERS et al. (2014) im Einleitungstext zu der in der IJURR (38(5)) geführten Debatte, dass die eigentlich zu stellende Frage nicht „What is urban politics?“, sondern „Where is urban politics?“ sei. Einen Ansatz um über die Definition der urbanen sozialen Bewegungen hinauszugehen, ohne dabei Räumlichkeit und Materialität als wichtige Kategorien preiszugeben, bietet die Verräumlichung der Ansätze von LACLAU und MOUFFE sowie von RANCIÈRE (vgl. DIKEÇ 2002, 2005, 2012; SWYNGEDOUW 2011, 2013), indem diese etwa explizit mit LÉFEBVRE verbunden werden (vgl. MULLIS 2014).

Hegemonietheorie, Momente des Politischen und LÉFEBVRE

Die grundlegenden Begriffe für einen solchen Versuch bilden die zentralen Kategorien bei LACLAU und MOUFFE (1991): Hegemonie, Antagonismus, das Politische und die Politik. Auf Antonio Gramsci positiv verweisend wird Hegemonie als das „wechselseitige Ineinanderfallen [...] von

Objektivität und Macht“ (MOUFFE 2010, S. 101) definiert. Objektivität ist dabei der Gesellschaft nicht äußerlich, sondern ebenfalls Produkt politischer Auseinandersetzung. Hegemonie verweist sodann darauf, dass jede gesellschaftliche Ordnung über politische Prozesse hergestellt und über Veralltäglichsung (WULLWEBER 2012, S. 35) – LACLAU und MOUFFE sprechen von Sedimentation – gleichermaßen in Praktiken, Ideologien, sozialen Relationen und materiellen Hervorbringungen verstetigt wird.

Hegemonie kann dabei aber, so LACLAU und MOUFFE (1991, S. 161), niemals endgültig vor dem Zugriff gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und der Herstellung konkurrierender Positionen abgesichert werden. Die gegenteilige Behauptung, also das Postulieren von immerwährenden gesellschaftlichen Wahrheiten, und daraus resultierende Praktiken, die bereits die grundlegende Möglichkeit politischer Aushandlung negieren, bilden den Kern dessen, was als das Postpolitische verstanden wird (vgl. WILSON u. SWYNGEDOUW 2014). Hegemonie kann aber LACLAU und MOUFFE folgend nur auf Zeit fixiert werden. Wäre dem nicht so, würde diese eine Verankerung der gesellschaftlichen Ordnung jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse bedeuten, was die beiden vehement ablehnen (MARCHART 2010). In Praxis auf der Basis der bestehenden materiellen und herrschaftlichen Ordnung artikulierten Widersprüche fassen LACLAU und MOUFFE sodann als Antagonismen. Durch deren Produktion werden die Begrenztheit der Hegemonie, die brüchige Konstitution einer Ordnung und damit die Möglichkeit zur Veränderung, erfahren (LACLAU 2007, S. 36). Insgesamt handelt es sich bei dem Ansatz um eine Theorie der Produktion von Ordnung, die Kontingenz und Historizität aller Objekte und Subjekte hervorhebt, also konstitutive Brüchigkeit von Ordnung betont und den Moment des Aufbrechens immer mitdenkt.

An dieser Stelle ist es hilfreich, RANCIÈRE (2002, S. 2011) hinzuzuziehen, zumal er dem Moment des Politischen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen

lässt. Zu beachten ist, dass die Begrifflichkeit RANCIÈRES nicht deckungsgleich mit jener von LACLAU und MOUFFE ist. Ein Umstand der, wie DIKEÇ (2005) betont, aber nicht weiter problematisch ist. Politik ist für RANCIÈRE sodann jede auf Gleichheit abzielende Praxis, die der strukturierenden Macht der Polizei entgegensteht. Das Politische ist das Terrain, auf dem sich dieser Konflikt entfaltet.¹ So hält RANCIÈRE fest:

„Ich setze ‚das Politische‘ als die Bühne einer Konfrontation von zwei Logiken: einerseits die Logik dessen, was ich Polizei nenne, das heißt die Logik, die die Gemeinschaft durch Verteilung der Funktionen und der Plätze, der Kompetenzen und der Anteile strukturiert; andererseits die eigentliche Politik, das heißt die Aktivität, die dieser Ordnung das ‚hinzufügt‘, was sie auflöst, nämlich die Macht der Gleichheit“ (RANCIÈRE 2011, S. 153).

Ein politischer Moment kann, RANCIÈRE (2011, S. 9f.) folgend, nur durch Handeln von kollektiven Subjekten, die sich als handlungsfähig behaupten, existieren. Es geht ihm dabei, wie er entgegen seiner eigenen früheren Argumentationen festhält, nicht darum, dass Politik nur in seltenen Momenten auflodert, sondern darum, dass Politik immer einen Bruch mit der Ordnung der „Polizei“ darstellt und somit nicht linear existieren kann. Sie existiert dann, wenn einstudierte Mechanismen von Gesellschaft ins Wanken geraten und die Frage aufgeworfen wird, was die Politik selbst ist, welchen Typus von Gemeinschaft sie betrifft, wer an dieser Gemeinschaft teilhat und mit welchem Recht“ (ebd., S. 7). Politik besteht für RANCIÈRE in der Errichtung von Bühnen des Dissenses (ebd., S. 8) und umfasst das Hervorbringen einer neuen Erzäh-

lung, die entgegen einer bestehenden in die „Waagschale geworfen wird“ (ebd., S. 9). Erfolg ist dann nicht daran zu messen, ob Herrschaft überkommen wird, sondern daran, ob ein Experimentierfeld über bestehende Binaritäten und Gegensätze gelegt werden kann und das Potenzial freilegt, Gesellschaft neu zu begründen (ebd., S. 192).

Um über Materialität und Räumlichkeit nachzudenken, wird an dieser Stelle die Konzeption der Raumproduktion bei LEFEBVRE (1991, S. 1-67) eingeführt. Den Ansatz zusammenfassend argumentiert Christian SCHMID (2005, S. 313), dass LEFEBVRE zur Bestimmung des sozialen Raumes einen dreidimensionalen Produktionsprozess definiert, der die materielle Produktion, die Produktion von abstraktem Wissen und die Produktion von konkreter Bedeutung umfasst. Dabei verweisen diese drei Aspekte jeweils wechselseitig aufeinander; keiner kann als Ausgangs- oder Endpunkt interpretiert werden. Raum ist bei LEFEBVRE also etwas Materielles, er hat eine Physis, kann aber nicht als solches erfasst werden, zumal die gesellschaftliche Produktion von Raum, den Zugriff auf den *reinen* Raum verunmöglicht. Insofern wird Raum bei ihm zum „sozialen Raum“ der stets ein gesellschaftliches Produkt ist (LEFEBVRE 1991). Dreierlei geht daraus hervor: Erstens, dass der soziale Raum ein gesellschaftliches Produkt ist, in dem, zweitens, abstrakte soziale Prozesse und Strukturen konkret und wirkmächtig werden und drittens, dass jede Raumproduktion umkämpft ist (BELINA und MICHEL 2007, S. 19). In diesem Sinne ist Raum ein materielles wie ideelles Produkt gesellschaftlicher Kämpfe und als solches wirksam. LEFEBVRE prägte für diese Relation den Begriff der „konkreten Abstraktion“ (vgl. LEFEBVRE 1976, S. 128). Abstraktion, weil ein jeder Gegenstand nie als Totalität zu erfassen, stets brüchig und gesellschaftlich produziert ist; konkret, weil materielle, ideologische und diskursive Einschreibung der Abstraktion vollzogen wird und diese somit wirksam ist.

¹ Der Begriff der Polizei bei RANCIÈRE korrespondiert, so DIKEÇ (2005), mit dem Begriff der Hegemonie bei LACLAU und MOUFFE. Die Begriffe der Politik und des Politischen seien aber weitestgehend deckungsgleich. Ersterer benennt in beiden Fällen eine aufbrechende Praxis, wobei letzteres den Moment darstellt, in dem das Aufbrechende Bahn bricht. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass RANCIÈRE seinen Begriff der Politik um die normative Setzung der Gleichheit erweitert – eine Bewegung die LACLAU und MOUFFE (1991) erst im Kontext ihrer Theorie der radikalen Demokratie, also der Gesellschaftstheorie äußerlich vollziehen.

Räume des Politischen und Politisierung von Räumen

Zusammenführend resultiert daraus, dass der soziale Raum bei LEFEBVRE als eine spezifische und materialisierte Form der Hegemonie (bzw. in der Begrifflichkeit RANCIÈRES der Polizei) verstanden wird. Damit wird LEFEBVRE einerseits in die gesellschaftstheoretische Perspektive der hegemonialen Auseinandersetzungen und aufbrechenden Momente integriert, andererseits die Theorie der Veralltäglichen um eine klar materielle Dimension ergänzt. So erlauben LACLAU und MOUFFE und RANCIÈRE das Aufbrechen von spezifischen Raumproduktionen zu denken, verweisen aber darauf, dass die Politisierung eines Partikularen nicht losgelöst von allgemeineren Konflikten gedacht werden kann. Mit LEFEBVRE ist hingegen auf die Bedingungen und Möglichkeiten der Veralltäglichen zu verweisen, dass diese nicht jenseits bestehender materieller und herrschaftlicher Bedingungen vollzogen wird (MULLIS 2014, S. 132-137). Dies heißt, dass Räume niemals entleert zur Bühne werden, sondern ihre gesellschaftliche hegemoniale Aufladung immer eine Rolle spielt. Wenn also eine Bühne zum politischen Auftreten errichtet wird, wird diese stets in einen bereits bestehenden sozialen Raum gestellt. Die Herstellung der Bühne ist dann selbst immer schon ein konflikthafter Prozess, in dem um Hegemonie konkurrierende Erzählungen aufeinanderprallen.

Fassen lässt sich dies im Begriffspaar *Räume des Politischen und Politisierung von Räumen*. *Räume des Politischen* sind die Orte des Dissenses, die immer gesellschaftlich vorgeformt sind, aber dennoch über eine alternative Erzählung als Bühne errichtet werden. *Politisierung von Räumen* meint, dass Räume in ihrer gesellschaftlichen Hervorbringung konkrete Erfahrungen ermöglichen, die politisierend wirken können, aber nicht müssen. Die beiden Seiten stehen in einer aufeinander verweisenden und bedingenden Beziehung. Die oben vorgenommene Problematisierung der Kategorie des Urbanen und die damit

einhergehende Zurückweisung wird sodann mittels Betonung der Rolle von Räumlichkeit aufgefangen – also durch die Verschiebung der Abstraktionsebene vom Partikularen, dem Urbanen, zum allgemeineren Raum. In diesem Sinne ist im Anschluss an RODGERS et al. (2014), um Konflikte um Gesellschaft, deren Veräumlichung und deren politisierenden Gehalt besser einordnen zu können, die zu stellende Frage eher „Where is politics?“ anstelle von „Where is urban politics?“. Zu befragen sind dann Protestereignisse nach dem *where*, das für die Räumlichkeit steht, und *politics*, was die Praxis betrifft.

Blockupy-Proteste 2012 bis 2014 in Frankfurt

Schon vor Blockupy gab es innerhalb Deutschlands Versuche, Krisenpolitik zu politisieren. So demonstrierten im März 2009 unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ zeitgleich in Frankfurt und Berlin insgesamt an die 50.000 Menschen. Die Kritik zielte dabei auf die als ungerecht empfundenen Bankenrettungen (BUKO KRISENPROTESTE 2009). Als 2011 weltweit die sozialen und politischen Aufstände in den Fokus rückten, entstand auch in Deutschland eine neue Dynamik. Am 15. Oktober 2011 wurde in 950 Städten in 80 Ländern gegen die Krisenpolitik (der EU) demonstriert (ROTH 2012, S. 37). Tausende zogen in Frankfurt vor die EZB und besetzten im Anschluss die davorliegende Parkanlage; Occupy-Frankfurt war entstanden und sollte bis Sommer 2012 ausharren. Mit an die 6.000 Teilnehmer_innen fand am 31. März 2012 (M31) im Rahmen eines neuerlichen europäischen Aktionstages auch in Frankfurt eine Demonstration statt. Im Zuge von M31, der von einem Bündnis der radikalen Linken organisiert wurde, kam es zum ersten Mal zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei. Mehrere Demonstrant_innen und Polizist_innen – darunter einer schwer – wurden verletzt und erheblicher Sachschaden angerichtet (HAUPT u. ISKANDAR 2012).

Aktionstage in Frankfurt

Der Entschluss, die bestehenden Versuche der Politisierung der Krisenregulierung über breite Aktionen des zivilen Ungehorsams in Frankfurt vertiefen zu wollen und einen hörbaren Protest gegen das „autoritäre Krisenregime von EZB und Bundesregierung“ (BLOCKUPY PM, 24.01.2012) zu etablieren, wurde im Frühjahr 2012 gefällt. Der Entschluss war ein Resultat intensiver Debatten, die im Rahmen von zwei Aktionskonferenzen unter 400 Teilnehmer_innen geführt wurden. Im Mittelpunkt der Kritik standen die Troika, die Rolle Deutschlands (und Frankreichs) bei der Durchsetzung der europäischen Austeritätspolitik sowie der Frankfurter Bankenplatz. Nur am Rande wurden die Proteste auf Krisenauswirkungen innerhalb Deutschlands bezogen; vorherrschend war der Wille, einen Moment der Solidarität mit von der Austeritätspolitik stärker Betroffenen zu formieren (BLOCKUPY 2012a).

Das breite Blockupy-Bündnis, bestehend aus sehr unterschiedlichen Akteur_innen der politischen Linken, hatte es sich zum Ziel gesetzt, den Protest gegen die Krisenpolitik gemeinsam auf die Straße zu tragen. Von Bedeutung ist, dass die Aktionstage aber nicht nur gemeinsam begangen, sondern auch gemeinsam durch das gesamte Bündnis in langwierigen Koordinationstreffen mit teilweise bis zu 300 Beteiligten geplant wurden. Darüber hinaus spricht Blockupy mit *einer* Stimme: Dem Bündnis ist es gelungen, sich jeweils auf einen Aktionskonsens, also einen gemeinsamen Verhaltenskodex, für jede Aktion zu einigen (BLOCKUPY 2012b, 2013a) und alles Blockupy Betreffende über *einen* medialen Auftritt gegenüber der Presse und Öffentlichkeit zu kommunizieren. Die sonst üblichen Aufrufe der jeweiligen politischen Spektren blieben fast gänzlich aus, was das Bild der Geschlossenheit stärkte. Damit widerspiegelt Blockupy die Bündnisse der globalisierungskritischen Bewegungen um die Jahrtausendwende (vgl. ROTH 2012, S. 39), geht in der Qualität der Zusammenarbeit und der Verbindlichkeit von Absprachen aber darüber hi-

naus. Diese Bündnisarbeit wirkte auch gegen innen und so ist Blockupy nicht nur ein Protestereignis, sondern ebenfalls ein kontinuierlicher Diskussions- und Koordinierungszusammenhang, in dem Erfahrung ausgetauscht und kollektiv gelernt wird.

Losgelöst von einem konkreten Anlass wie einem Gipfeltreffen o. ä. wurde im Mai 2012 nach Frankfurt, dem Sitz vieler „großer Banken und Konzerne“ sowie dem Sitz der EZB, zu Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden und Platzbesetzungen sowie zu einer Massendemonstration mobilisiert (BLOCKUPY 2012a). Unter dem Eindruck der Ausschreitungen am M31-Aktionstag entschied das Frankfurter Ordnungsamt, später auch gerichtlich legitimiert, alle geplanten Veranstaltungen und Kundgebungen der Protesttage zu verbieten (PICHL 2012). Dazu CDU-Stadtrat Markus Frank:

„Wenn 40.000 Demonstranten über vier Tage lang das Stadtleben gezielt lahmlegen wollen und damit bewusst in die Freiheitsrechte anderer Menschen eingreifen, so liegt es auf der Hand, dass eine Stadtregierung dies nicht zulassen kann. [...] Der Schutz unserer Demokratie und die konkrete Gefahr für Leib, Leben und Sachwerte Dritter erfordert verantwortungsvolles Handeln in schwierigen Fragen“ (STADT FRANKFURT PM, 04.05.2012).

Vom Verbot betroffen waren nicht nur Aktionen des zivilen Ungehorsams, sondern auch über ein Dutzend angemeldeter Kundgebungen und Demonstrationen sowie an die 70 Diskussionsveranstaltungen auf öffentlichen Plätzen (PICHL 2012). Gegen den Entscheid wurde seitens des Bündnisses geklagt. Die zuständigen Gerichtshöfe in Frankfurt und Kassel stützten jedoch die Gefahrenprognose der Polizei und hoben lediglich das Verbot für die am 19. Mai angesetzte Großdemonstration auf.

Trotz des Verbotes hielt das Bündnis am Aufruf fest, den Frankfurter Bankenplatz für einen Tag zu blockieren und damit den normalen Ablauf auszusetzen. In der Innenstadt wurden erhebliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen: Täglich wa-

ren rund 5.000 Polizist_innen im Einsatz, das ganze Bankenviertel wurde großräumig abgeriegelt und zentrale U- und S-Bahnhaltestellen gesperrt (PETZOLD u. PICHL 2013, S. 219f.). Dennoch vermochten Aktivist_innen am 17. Mai für einige Stunden den Platz vor dem Stadtparlament zu besetzen, ehe dieser polizeilich geräumt wurde. Am eigentlichen Banken-Blockadetag, dem 18. Mai, zogen bis zu 3.000 Menschen in Kleingruppen und größeren Demonstrationen durch die Stadt, was die Polizei jeweils zu unterbinden versuchte. Im Zuge der Protesttage wurden 1.430 Personen in Gewahrsam genommen und ca. 600 Aufenthaltsverbote verfügt (ebd., S. 212). Unter dem Eindruck dieser Ereignisse versammelten sich am 19. Mai über 30.000 Menschen zur Großdemonstration, die ohne Zwischenfälle verlief. Insgesamt führten Aktionen und Polizeipräsenz zur Sperrung des Bankenviertels, was die *FAZ am Sonntag* bilanzieren ließ: „Frankfurt ist das Reich der Banker. An diesem Wochenende mussten sie es räumen – zum allerersten Mal. Das tut weh“ (AMANN et al. 2012).

Blockupy selbst bewertete die Mobilisierung als Erfolg, zumal man politisch gehört worden sei (BLOCKUPY PM, 22.05.2012). Auf dieser Grundlage entschied das Bündnis unter dem Motto „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“ (BLOCKUPY 2013c) auch im Mai 2013 Aktionstage in Frankfurt zu organisieren. Über das ganze Frühjahr 2013 hinweg beteiligten sich Hunderte aus dem ganzen Bundesgebiet an zentralen und lokalen Vorbereitungstreffen für den Anlass, der am 31. Mai und am 1. Juni 2013 stattfinden sollte. Am Konzept, Aktionen des zivilen Ungehorsams mit einer Massendemonstration zu verbinden, wurde festgehalten. Hinzu kamen die Vorbereitungen einer Protest-Zeltstadt, die die Stadtverwaltung auf dem Rebstockgelände, ca. 5 km von der EZB entfernt, schließlich bewilligte.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Aktionen inhaltlich wie zeitlich ausgeweitet und nun nicht mehr zur Blockade des Bankenplatzes (BLOCKUPY 2012a, b),

sondern expliziter zur Blockade der EZB aufgerufen (BLOCKUPY 2013a, b, c). Im Anschluss an die eigentliche Blockade der EZB sollten zudem in weiterführenden Aktionen lokale Konflikte und Ausprägungen der Krise angesprochen werden (BLOCKUPY 2013b). Am Aktionstag, dem 31. Mai, wurde dann frühmorgens die EZB-Blockade errichtet. Gegen 11 Uhr wurde diese aufgelöst und es wurden die Anschlussaktionen eingeleitet. Hunderte demonstrierten vor der Deutschen Bank gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Landraub; über 300 Menschen zogen vor die Niederlassung eines Immobilieninvestors, um gegen steigende Mieten und Gentrifizierung zu protestieren; und auf der Zeil, der Frankfurter Einkaufsmeile, stürten knapp 1.000 Menschen den Geschäftsbetrieb – diverse Kaufhäuser mussten daraufhin die Tore schließen (VOIGTS et al. 2013). Im Gegensatz zu 2012 beschränkte sich die mit rund 4.000 Beamten_innen erneut stark präsente Polizei mehrheitlich auf das Beobachten (STADT FRANKFURT 2013, S. 4). Zu Zusammenstößen kam es aber am Flughafen. Dort demonstrierten weitere ca. 800 Menschen gegen das als rassistisch bezeichnete Abschieberegime – bewilligt war aber lediglich eine Demonstration von 200, und diese Begrenzung versuchte die Polizei durchzusetzen (VOIGTS et al. 2013). Auf der abendlichen Vollversammlung im Zeltlager wurde eine positive Bilanz des Tages gezogen: Ein Sprecher der italienischen Delegation hielt euphorisch fest, dass der „soziale Streik“, die Bestreikung der Stadt durch die an die 3.000 Aktivist_innen, erfolgreich gewesen sei.

Tags darauf versammelten sich gemäß Blockupy an die 20.000 Menschen (BLOCKUPY PM, 01.06.2013), die Polizei sprach von 6.000 (STADT FRANKFURT 2013, S. 4), zur Großdemonstration. Der Protestmarsch kam aber nicht weit: Nach rund 800 Metern intervenierte die Polizei in den Aufzug und schnitt rund 1.000 Teilnehmer_innen vom Zug ab. Die Polizeiführung und der damalige hessische Innenminister Boris Rhein (CDU)

betonten, dass es notwendig gewesen sei, die Demonstration zu stoppen, um Vermummte und Gewaltbereite zu isolieren (POL-F PM, 02.06.2013). Hunderte Augenzeug_innen widersprachen in den Tagen danach dieser Darstellung (ONLINE-PETITION 2013); insbesondere dementiert wurde, dass es bereits vor der Einkesselung seitens der Demonstration zu Übergriffen auf Menschen und zu Sachbeschädigungen gekommen sei.

Dem Gros der Demonstrant_innen außerhalb des Kessels schlug die Polizeiführung vor, auf einer Alternativroute weiterzuziehen. Das Angebot wurde seitens der Demonstrant_innen unter Berufung auf den gemeinsamen Aktionskonsens jedoch abgelehnt. Eine Spaltung der Demonstration und letztlich auch des Bündnisses sollte verhindert werden. Über Stunden harrten Tausende aus, die einen unfreiwillig innerhalb des Polizeikessels, die anderen freiwillig außerhalb, um ihre Solidarität zu bekunden. Derweilen begannen Einsatzkräfte der Polizei mitunter mittels erheblicher Zwangsanwendung jene innerhalb des Polizeikordons abzuführen. Von außerhalb wurde im Laufe des Tages mehrfach versucht, den Demonstrationszug wieder zu einen, was jeweils zu harten Zusammenstößen mit der Polizei führte. Das Auflösen des Kessels dauerte sodann über neun Stunden bis tief in die Nacht. Blockupy sprach in den Tagen danach von mehr als 270 verletzten Demonstrant_innen, darunter fünf schwerverletzte, die ins Krankenhaus gebracht werden mussten (BLOCKUPY PM, 05.06.2013). Die Polizeileihrung ihrerseits meldete rund 20 verletzten Beamt_innen (ISKANDAR 2013).

Die öffentliche Meinung war indes aufgebracht. So bewertete die FR den Polizeieinsatz als „desaströs“, zumal die Polizei „hochaggressiv“ aufgetreten sei (LEPPER 2013). Und auch die FAZ stuft das Vorgehen der Beamt_innen als „unverhältnismäßig hart“ ein (ISKANDAR 2013). Am Wochenende nach der eigentlichen Demonstration demonstrierten in Frankfurt über 8.000 Menschen gegen den Polizeieinsatz und im Landtag wie im Stadtparlament wurde Kritik geübt.

Im Rahmen einer weiteren Aktionskonferenz trafen sich im November 2013 erneut an die 450 Menschen in Frankfurt, darunter erstmals viele aus dem europäischen Ausland (BLOCKUPY PM, 24.11.2013). Ziel war es, auf transnationaler Ebene die Proteste gegen die, nun endgültig ins Zentrum gerückte, EZB zu koordinieren. Auf dem Abschlussplenium der Konferenz resümierte eine Sprecherin, dass Blockupy in einer europäischen Weise neu gestartet sei. Festgehalten wurde, dass europaweit gemeinsam unter den Schlagworten *Commons*, *Democracy* und *Solidarity* zur Verhinderung der damals noch für Herbst 2014 erwarteten Festivitäten zur Eröffnung des EZB-Neubaus im Frankfurter Ostend aufgerufen wird (ebd.). Zwecks Mobilisierung verabredeten die Delegierten im Frühjahr 2014 europaweite Aktionstage. In vielen europäischen Städten wurde dem Aufruf sodann Folge geleistet (MAY OF SOLIDARITY 2014). Da im Spätsommer 2014 weiterhin kein Termin für die EZB-Eröffnung feststand, ließ Blockupy bekunden, dass man sich die Termine nicht diktieren lasse und lud kurzerhand zu einer weiteren europäischen Konferenz (BLOCKUPY 2014a). Im Zuge einer in die Konferenz integrierten Demonstration – ein Tag zuvor hatte die EZB die Eröffnungsfeier für den 18. März 2015 angekündigt – protestierten rund 3.000 Menschen ein erstes Mal vor der neuen EZB. Dabei überwandten ca. einhundert Aktivist_innen den Zaun zum Neubau, bewarfen diesen mit Farbbeutel und riefen mit Bannern zur Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams im März 2015 auf. Der Polizei, die während der ganzen Demonstration sehr zurückhaltend agiert hatte, war von den Aktionen sichtlich überrascht und musste die Aktivist_innen erstmal gewähren lassen.

Blockupy ein Protest im Wandel – ein Zwischenfazit

Die Krisenproteste in Deutschland und insbesondere Blockupy haben in den letzten Jahren einen deutlichen Wandel

in Inhalt und Form durchgemacht: Von der Kritik am Bankenwesen, über eine starke Fokussierung auf Troika, EZB und Krisenregime hin zu den explizit positiven Bezugspunkten *Commons*, *Democracy* und *Solidarity*. In der Form hat Blockupy mit den Aktionen des zivilen Ungehorsams, also mit gezielten und gewollten Gesetzesübertretungen wie dem Missachten von Demonstrationsverboten, der Besetzung von Plätzen, der Blockade der EZB, der Zeil, dem Flughafen und weiterer Orte, aber auch, wie es in der Sprache von Blockupy heißt, dem „markieren“ von Krisenakteur_innen mittels Farbschlägen und anderer Aktionen durchaus einen dezidiert konfrontativeren Kurs eingeschlagen. Inspiriert vom arabischen Frühling, den Platzbesetzungen in Spanien und Griechenland sowie Occupy etablierte Blockupy einen Protest, der an selbstgewählten Orten und Zeitpunkten aktiv interveniert. Bei den Protesten 2013 kam zusätzlich hinzu, dass versucht wurde, die abstrakte Kritik an der Krise, an konkret im Alltag erfahrbare Aspekte wie Gentrifizierung, Konsumverhalten, Arbeitsbedingungen und Rassismus rückzubinden und zu lokalisieren. Damit versuchte das Bündnis, die soziale Grundlage für den Protest zu verbreitern bzw. diesen nachvollziehbarer zu machen und somit auch die Sichtbarkeit des Protestes auf ganz unterschiedlichen Ebenen zu vertiefen.

Frankfurt, ziviler Ungehorsam und das Politische

Blockupy, das hat die Darstellung bis jetzt gezeigt, ist ein in Frankfurt situierter Protest, der mittels zivilem Ungehorsam versucht, die Krisenpolitik der Troika sowie die Krise in Deutschland zu politisieren. Im Anschluss an die formulierten These sowie der theoretischen Argumentation wird nun Blockupy auf seine Örtlichkeit und Praktiken befragt. Dafür wird zuerst die Konstitution und Bedeutsamkeit Frankfurts in den Blick genommen, um danach auf die Praxis des Bruchs in der Form des zivilen Ungehorsams einzugehen.

Frankfurt und die Produktion der Bühne

Zu Beginn, im ersten Teil der These, wurde betont, dass es nicht zuletzt die räumliche Verankerung der Protesthandlung in der Global City Frankfurt gewesen sei, die es Blockupy ermöglicht habe, als kollektives politisches Subjekt aufzutreten und so einen politischen Moment zu erzeugen. Damit wird die Konstitution der Bühne angesprochen, die, wenn dem theoretischen Argument gefolgt wird, niemals in einen leeren Raum gestellt werden kann. Dies bedeutet, dass die Herstellung der Bühne selbst ein konflikthafter Prozess ist, in dem hegemonial konkurrierende Erzählungen aufeinanderprallen, bestehende räumliche Muster und diskursive Relationen eine Rolle spielen.

Blockupy ist ein spannendes Beispiel, um die Errichtung dieser Bühne zu betrachten. Dies, weil der Ort des Erscheinens, anders als etwa bei Gipfelprotesten oder klar lokal situierten Protesten, durch das Bündnis selbst gewählt und somit grundlegender begründet werden musste. Für Blockupy hält Timeela MANANDHAR fest:

„Uns [war] klar, dass wir unseren Protest an einen [...] Ausgangspunkte [der Krise] tragen müssen: mitten ins Frankfurter Bankenviertel, dem Sitz vieler mächtiger Banken und Konzerne“ (MANANDHAR 2012, S. 22).

Christoph KLEINE ergänzt:

„Frankfurt am Main wird als Finanzzentrum, als Sitz der Europäischen Zentralbank und auch durch seine von den Bankentürmen geprägte Architektur europaweit als symbolischer Ort des deutschen und europäischen Krisenregimes begriffen. [...] Dort war also der logische Ort, um [...] antikapitalistische Aktion zur Geltung zu bringen“ (KLEINE 2012, S. 16).

Aus theoretischer Perspektive ist aber wichtig zu sehen, dass Frankfurt keineswegs der „logische Ort“ für die Proteste an sich ist. Logisch wird der Ort erst durch die von Blockupy aufgegriffene Krisenerzählung und den daraus resultierenden Willen, dieser Krise etwas entgegen zu halten, und dies bedarf einer Konstruktionsleistung. Offensichtlich wird

dies, wenn Frankfurt auf Grund des Bankplatzes als „Ausgangspunkt“ der Krise charakterisiert wird. Dabei wird die abstrakte Krise mit ihren multiplen Ursachen, komplexen Relationen und vielfältigen Auswirkungen, die nur schwer an einen Ausgangspunkt zu bringen sind, an einem Ort verankert. Kurzum, abstrakte Prozesse werden über die Anbindung an räumliche Erscheinungen – wie die Frankfurter Bankentürme – sichtbar gemacht. In einer intensiven Debatte wird im Frühjahr 2013 der Slogan „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“ (BLOCKUPY 2013c) zum leitenden Motto der Proteste. Ob überhaupt und wenn ja wie Frankfurt als „Herz des Krisenregimes“ gerahmt werden könne, war Gegenstand der Diskussion und zeigt, dass es innerhalb von Blockupy durchaus Auseinandersetzungen darum gab und gibt, wie die Krise zu deuten sei, wo Protest situiert werden soll und warum.

Wichtig für den Entscheid war sodann einerseits die historische Kontinuität. Alle Krisenproteste in Deutschland vor Blockupy waren maßgeblich in Frankfurt situiert, und in Frankfurt konnte auf Grund langer Erfahrungen mit politischen Großauseinandersetzungen auf ein stützendes Netzwerk zurückgegriffen werden (SCHIPPER et al. 2015). Andererseits waren es zwei aufeinander verweisende Argumentationslinien, die jeweils in Frankfurt gebündelt werden konnten, die den Ausschlag für Frankfurt als Ort gaben: erstens, die Krisenerzählung und zweitens, die in Frankfurt lokalisierte EZB sowie Institutionen des Finanzmarktes.

So ist für die Wahl Frankfurts als Protestort ein Verständnis von Krise ausschlaggebend, die eine systemische Verbindung zwischen unterschiedlicher Ausprägungen derer herstellt: so wird Krise als etwas verstanden, das 2007 im Finanzmarkt ihren Ausgangspunkt fand; darauf in eine tiefe Krise des Finanzmarktkapitalismus führte; spätestens ab 2010 in eine Staatsschuldenkrise transformierte; und heute über Sparpolitik weiterhin auf der Ebene der finanziellen

Ressourcen verhandelt wird – es sich bei der Krise letztlich um eine Krise des finanzmarktdominierten Kapitalismus handelt. Auf der Grundlage dessen boten die seit den 1980er Jahren historisch und ebenfalls konflikthaft formierte Global City Frankfurt und die 1998 angesiedelte EZB einen klaren Bezugspunkt (vgl. HITZ et al. 1995; SCHIPPER 2013; RODENSTEIN 2014). Justus UITERMARK (2004, S. 712f.) bietet dabei ein erklärendes Argument: spezifische Orte können als Ankerpunkt für Protest genutzt werden, zumal die darin materialisierten Aspekte von Gesellschaft wegen ihrer tendenziellen Immobilität nicht ohne weiteres verschoben werden können. Orte wie Global Cities würden sodann in ihrer Materialität diskursiv aufgegriffen und über eine alternative Erzählung als Orte der subordinierenden Herrschaft hergestellt.

Frankfurt wurde sodann durch Blockupy kreativ angesprochen und die Gleichzeitigkeit von multiskalärer Bedeutsamkeit des Ortes politisierend genutzt: So wurde die EZB für Blockupy zum Symbol der Politik der EU, gleichermaßen wie für das deutsche Spardiktat. Darüber hinaus wurde das in Frankfurt durch den Neubau der EZB konkretisierte lokale Kräfteverhältnis angesprochen, um abstrakte Krisenprozesse zu lokalisieren und darüber zugänglicher zu machen. Weiter produziert der Protest am Standort der EZB Anknüpfungspunkte für widerständige Handlungen in anderen europäischen Ländern und schlug Brücken über klassische politische Bezugsrahmen hinweg, was neue Formen des Anerkennens und Artikulation ermöglichte. Was dabei sehr deutlich wird, ist, dass Blockupy zwar keineswegs im Sinne von MAYER (2011) aus „urbanen“ Protesten entstanden ist, sehr wohl aber für Frankfurt konstitutive Prozesse und räumliche Muster nutzt, in Teilen umdeutet und sich diesen Ort als Kristallisation und Verstärker für die eigene Artikulation aneignet. Das spezifische Ansprechen von Frankfurt, das Verankern der Proteste darin, ist also ein wesentlicher Bestandteil des hör- und sichtbar Machens der Proteste.

Ziviler Ungehorsam als brechende Kraft

Im zweiten Teil der These wurde der Stellenwert des zivilen Ungehorsams für die Herstellung eines Momentes des Politischen betont. Der Wille, nicht *nur* zu „demonstrieren“, sondern auch zu „blockieren“ und zu „okkupieren“ (BLOCKUPY 2012a), ist seit Anbeginn bei Blockupy äußerst präsent und eng mit dem Ort Frankfurt verbunden. Mit gezielten und gewollten Gesetzesübertretungen wie dem Missachten von Demonstrationsverboten, der Besetzung von Plätzen, der Blockade der EZB, der Zeil, dem Flughafen und weiterer Orte, aber auch mittels dem „Markieren“ von Krisenakteur_innen wird versucht, Sichtbarkeit zu generieren, zu stören und zu unterbrechen. Im 2012 vereinbarten Aktionskonsens heißt es dann etwa: „Die Verantwortlichen für die globale Krisen- und Verarmungspolitik sollen direkt vor den Türen ihrer Entscheidungszentralen mit [...] zivilem Ungehorsams konfrontiert werden“ (BLOCKUPY 2012b). Angesichts der Krise in Europa ist, so BLOCKUPY (2013a), der Schritt vom „öffentlichen Protest“ zum „zivilen Ungehorsam“ von Nöten. In diesem Sinne äußert sich auch Hannes (I 02 2013): Er ist davon überzeugt, „dass wir nur dann Druck ausüben und verändern können, wenn sich solche Protestformen weiter verbreiten“. Im zivilen Ungehorsam sieht Kathrin (I 04 2013) ein wachrütelndes, zum Hinschauen animierendes und zur Solidarisierung ermutigendes Potenzial, was insgesamt eine Zuspitzung von Protest darstelle. Der Protest soll Grenzen gezielt überschreiten, aber dennoch möglichst niederschwellig zugänglich sein, um so neue Subjekte zu integrieren und Räume zu schaffen, die eine alternative gesellschaftliche Erfahrung ermöglichen. Dabei sind die Aktionen, gemäß des Aktionskonsens von 2013, klar gewaltfrei und richten sich nicht gegen Menschen, sehr wohl aber gegen Institutionen und deren Politik (BLOCKUPY 2013a).

Ein zentraler Bestandteil des zivilen Ungehorsams ist das ihm zugeschriebene unterbrechende Moment, was einen

kreativen Austausch anrege. Es geht darum „weiter zu gehen“ und dabei zu versuchen die Prozesse zu stoppen, so Dana (I 05 2013). Damit soll also nicht wie bei einer Demonstration nur appelliert werden, sondern es geht darum, wie Kathrin (I 04 2013) es formuliert, „konkret [etwas] anders zu machen“. Auf den Punkt bringend argumentiert Michaela: „Eine Blockade legt still, hält inne und schafft Raum zum Diskutieren, was eine Demonstration so niemals erreichen kann. Eine Demonstration ist im Fluss, die ist ein Lautmachen und ein Dasein, genau wie eine Blockade, aber sie gibt nicht die Chance irgendwie mit Leuten zu sprechen, also sich selber auch den Raum zu nehmen und in Frage zu stellen was man will und was man kritisiert und das auch inhaltlich zu füllen [...] Ich finde da macht eine Blockade total Sinn und gibt Raum, Protest mit Inhalt zu füllen und zu verbalisieren“ (Michaela I 05 2013).

Die im Kontext von Blockupy vorgenommenen Zuschreibungen zum zivilen Ungehorsam decken sich dabei weitestgehend mit der Definition durch Robin CELIKATES (2010), die er ausgehend von den Debatten um das Politische vornimmt. Dabei ist anzumerken, dass der Begriff des zivilen Ungehorsams bei verschiedenen Autor_innen in unterschiedlicher Weise und oftmals widersprüchlich gefasst wird; dieser also, wie Andrea PABST (2012, S. 23) unterstreicht, selbst ein umkämpfter Begriff darstellt. Die Positionen reichen dabei von einer gänzlichen Entlegitimierung solcher tendenziell konfrontativeren Protestformen, als „Erpressung der Mehrheit durch eine Minderheit“, über das Betonen von bürgerlichen „Pflichten“ und die Beschreibung des Ungehorsams als wichtiges Korrektiv zur parlamentarischen Demokratie, bis hin zur Unterstreichung dessen radikalen transformatorischen Kraft (ebd.). CELIKATES (2010) verortet sich dabei in der letztgenannten Gruppe und erkennt in der Protestform das Potenzial, Bühnen des Dissenses zu errichten und damit ganz grundsätzlich und nicht nur symbolisch politisierend in Gesellschaft einzugreifen. Ziviler Ungehorsam

wird dabei als ein absichtliches, rechtswidriges und prinzipienbasiertes kollektives Protesthandeln definiert, das „mit dem das Ziel verfolgt wird, bestimmte Gesetze oder politische Maßnahmen zu verändern“ (CELIKATES 2010, S. 280). Darüber hinaus fasst CELIKATES zivilen Ungehorsam als Ausdruck einer radikal-demokratischen Praxis kollektiver Selbstbestimmung (ebd., S. 290). Die Legitimität der Praxis leitet er nicht aus einem staatlichen Recht, sondern aus dem demokratischen Potenzial einer Handlung ab. Darunter ist eine Handlung zu verstehen, die eine bestehende Hegemonie aufbricht und sich um die historisch formierten Signifikanten Freiheit und Gleichheit dreht (LACLAU u. MOUFFE 1991; RANCIÈRE 2002). Es handelt sich also um einen politischen Prozess, der Antagonismen explizit anerkennt und die Kontingenz gesellschaftlicher Produktion ins Zentrum rückt (LACLAU 2007, S. 127).

Ziviler Ungehorsam bei Blockupy in den Kategorien des Politischen zu denken, erlaubt die Handlungen des Blockierens, Störens, Unterbrechens, kurzum, Praxis auf der Straße als den Versuch der Produktion eines grundlegenden Bruches zu interpretieren. Es ist, wie in den Interviews hervorgehoben wird, ein Versuch, über Praxis eine Bühne zu errichten, auf der zumindest kurzfristig andere soziale Relationen sichtbar werden. Sei dies auf der Straße unter den Aktivist_innen, die das Innehalten erzwingen, oder auch bei jenen, die zum Innehalten gezwungen werden, weil sie ihren Arbeitsplatz nicht erreichen oder beim Einkaufen aufgehalten werden. Dabei ist von großer Bedeutung, dass Handlungen aus einer solchen Perspektive das rein Symbolische verlassen.

Für Blockupy bedeutet dies, dass zwar ein wirklich tiefgreifender Wandel der Gesellschaft nicht gelungen ist, dass aber dennoch nicht nichts passiert ist (vgl. KASTNER 2012, S. 52f.) – was Symbolpolitik ansonsten suggeriert. So gilt anzuerkennen, dass, auch wenn die großen Veränderungen nicht errungen wurden, ein kleiner Teil immer bleibt und sich in Sub-

jekte, in die kollektive Erinnerung eines Ortes oder auch einer Bewegung einschreibt. Was nach Blockupy und seinen Aktionen zumindest also bleibt, ist die praktizierte Unterminierung dessen, dass Krisenpolitik, wie sie ist, auch in Deutschland nicht alternativlos und eine auf Gleichheit abzielende Politik denkbar ist – und wohlmöglich ist das angesichts der aktuellen Situation in Deutschland aus der Perspektive von Blockupy gar nicht so wenig.

Fazit

Seit den ersten Vereinbarungen in Frankfurt Proteste gegen die ökonomische, politische und soziale Krise in Europa zu organisieren, hat sich Blockupy in Form und Inhalt deutlich gewandelt: von der Kritik am Bankenwesen, über eine starke Fokussierung auf die Troika, EZB und Krisenregime, hin zu den explizit positiven Bezugspunkten *Commons*, *Democracy* und *Solidarity*. In der Form hat Blockupy mit den Aktionen des zivilen Ungehorsams einen dezidiert konfrontativeren Kurs eingeschlagen. Inspiriert von den Protestereignissen 2011 und 2013 etablierte das Bündnis einen Protest, der an selbstgewählten Orten und Zeitpunkten aktiv interveniert. 2013 kam zusätzlich hinzu, dass versucht wurde, die abstrakte Kritik an der Krise, in konkret im Alltag erfahrbare Aspekte zu lokalisieren. Damit versuchte das Bündnis, die soziale Grundlage für den Protest zu verbreitern bzw. diesen nachvollziehbar zu gestalten.

Für den Beitrag war die These leitend, dass es erst die Kombination aus räumlicher Verankerung der Protesthandlung in der Global City Frankfurt mit Aktionen des zivilen Ungehorsams war, die es Blockupy ermöglichte, einen politischen Moment zu produzieren. Auf theoretischer Ebene wurde zudem betont, dass, um Protesten in ihrem Gehalt und den produzierten Politisierungseffekten nachzugehen, es wichtig ist, diese nach den Orten sowie den vollzogenen Praktiken zu befragen. Gleichmaßen wurde ausgehend von einer Auseinandersetzung mit LACLAU und MOUFFE, RANCIÈRE

wie LEFEBVRE argumentiert, dass Räumlichkeit nie reine Bühne sein kann, also immer Teil des Konfliktes selbst ist. Dies bedeutet, dass *Räume des Politischen* und die *Politisierung von Räumen* in einer wechselseitigen Relation stehen. Für Blockupy gilt dabei, dass der zivile Ungehorsams in Frankfurt erst durch die Konstruktion Frankfurts als sinnvoller Ort zum Protestieren verständlich wurde. Blockupy schuf sich über die *Politisierung von Räumen* bzw. über die Referenzierung auf die Global City Frankfurt als „Herz des europäischen Krisenregimes“ selbst *Räume des Politischen*.

Blockupy musste seine Aktionen zwar in besonderem Maße selbst räumlich verankern, die Notwendigkeit Bühnen des Dissenses zu errichten, also *Räume der Politischen* zu generieren, und gleichermaßen die *Politisierung von Räumen* zu nutzen, um Artikulation zu ermöglichen, betrifft aber alle Proteste gleichermaßen – wenn auch in unterschiedlicher Weise. Eine Stoßrichtung für die zu Beginn ebenfalls formulierte Zielsetzung, die Ansätze von LACLAU und MOUFFE wie RANCIÈRE für die Debatten um die Relevanz von Raum für sozialen Wandel fruchtbar zu machen, könnte dann sein: Soziale Räume als über breite gesellschaftliche Kämpfe hervorgebrachte materielle Hegemonien zu denken; diese als mögliche Ausgangspunkte für Politisierungseffekte ernst zu nehmen – ohne sie dabei als klar bestimmte Ausgangspunkte zu betrachten; und eine Konzeption von Räumen als reine Bühne des Erscheinens, die nicht schon von vornherein konflikthaft ist, zurückzuweisen.

Literatur

AMANN, M., B. COEKOLL u. C. SIEDENBIEDEL (2012): Abgetaucht, In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.05.2012, S. 31.
 BELINA, B. u. B. MICHEL (2007): Raumproduktionen. In: Belina, B. u. B. Michel (Hrsg.) (2007): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster, S. 7-4.
 BLOCKUPY (2014a): #talk #dance #act – Runter vom Balkon! Frankfurter Blo-

ckupy Festival 20.-23. November 2014, Veröffentlicht am 17. August 2014, <http://blockupy.org>, visited: 08.12.2014.

BLOCKUPY (2014b): Aufruf: 18. März 2015: Transnationale Aktionen gegen die EZB-Eröffnungsfeier – Let's Take Over The Party!, Veröffentlicht am 23. November 2014, <http://blockupy.org>, visited: 01.12.2014.

BLOCKUPY (2013a): 31. Mai: Massenblockaden und Aktionen des Zivilen Ungehorsams, <http://blockupy-frankfurt.de>, visited: 05.02.2014.

BLOCKUPY (2013b): Aktionsbild für die Blockaden und Aktionen am 31. Mai 2013, im Frankfurter Finanzzentrum und darüber hinaus ..., 10. April 2013, <http://blockupy.org>, visited: 05.02.2014.

BLOCKUPY (2013c): Blockupy Frankfurt. Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes 31. Mai und 1. Juni 2013, 22. April 2013, <http://blockupy.org>, visited: 30.06.2014.

BLOCKUPY (2012a): Aufruf Blockupy Frankfurt 16.-19. Mai. Europäische Aktionstage, 1. März 2012, <http://blockupy-frankfurt.de>, visited: 29.11.2012.

BLOCKUPY (2012b): Zum Aktionsbild für die Blockade am 18. Mai 2012 im Frankfurter Finanzzentrum, 1. April 2012, <http://blockupy-frankfurt.de>, visited: 29.11.2012.

BLOCKUPY PM (24.11.2013): Mobilisierung zum Tag X: Blockupy will EZB Eröffnung stören, Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.

BLOCKUPY PM (05.06.2013): Stellungnahme der Demosanitäter_innen zum Polizeieinsatz am 01.06.2013 in Frankfurt am Main, Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.

BLOCKUPY PM (01.06.2013): Mindestens 20.000 bei Blockupy-Demo, Pressemitteilung, 01.06.2013, Blockupy Frankfurt Pressestelle.

BLOCKUPY PM (22.05.2012): Strategie von Stadt, Innenministerium und Polizei ist gescheitert. Nicht gelungen, Proteste gegen europaweite Verarmungspolitik zu diskreditieren, Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.

- BLOCKUPY PM (24.01.2012): Bewegungen bereiten internationale Proteste gegen das autoritäre Krisenregime von EZB und Bundesregierung vor, Pressemitteilung, Blockupy Frankfurt Pressestelle.
- BROST, M. (2010): Ohne Alternative? In: Die Zeit N° 51.
- BUKO KRISENPROTESTE (2009): Bundesweiter Aufruf für den 28. März. Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft! <http://www.kapitalismuskrise.org/28-maerz/bundesweiter-aufruf/>, visited:07.02.2014.
- CASTELLS, M. (1983): *The City and the Grassroots*. London.
- CASTELLS, M. (2012 [1972]): Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht. Hamburg.
- CELIKATES, R. (2010): Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie. Konstituierende vs. konstruierte Macht? In: Bedorf, T. u. K. Röttgers (Hrsg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin, S. 274-300.
- DIKEÇ, M. (2012): Space as a mode of political thinking. In: *Geoforum* 43(4), S. 669-676.
- DIKEÇ, M. (2005): Space, politics, and the political. In: *Environ. Plann. D*, 23(2), S. 171-188.
- DIKEÇ, M. (2002): Police, politics, and the right to the city. In: *GeoJournal* 58, S. 91-98.
- ENGELS, F. (1845): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MEW (1972), Band 2. Berlin, S. 225-506.
- GESTRING, N., R. RUHNE u. J. WEHRHEIM (2014): Einleitung. In: Gestring, N., R. Ruhne u. J. Wehrheim (Hrsg.): *Stadt und soziale Bewegungen*. Wiesbaden, S. 7-21.
- GLASZE, G. u. A. MATTISSEK (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G. u. A. Matissek (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 153-179.
- HARVEY, D. (2012): *Rebel cities. From the right to the city to the urban revolution*. London.
- HAUPT, F. u. K. ISKANDAR (2012): „Scheiben splintern, und ihr schreit“. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 08.04.2012, S. 14.
- HITZ, H., R. KEIL, U. LEHRER, K. RONNEBERGER, C. SCHMID u. R. WOLFF (Hrsg.) (1995): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich.
- HOWARTH, D. (2005): *Applying Discourse Theory: the Method of Articulation*. In: Howarth, D.R. u. J. Torfing (Hrsg.): *Discourse theory in European politics. Identity, policy and governance*. Basingstoke, S. 316-349.
- ISKANDAR, K. (2013): Polizei gerät nach Einsatz in Erklärungsnot. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 03.06.2013, S. 33.
- KASTNER, J. (2012): Platzverweise. Die aktuellen sozialen Bewegungen zwischen Abseits und Zentrum. In: Kastner, J., I. Lorey, G. Rauning u. T. Waibel (Hrsg.): *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*. Wien/Berlin, S. 50-86.
- KLEINE, C. (2012): Die Krise der kapitalistischen Verwertung, Interventionistische Linke, In: attac (Hrsg.): *Blockupy - Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a.M., S. 13-16.
- LACLAU, E. (2007): *On populist reason*. London/New York.
- LACLAU, E. (1990): *New reflections on the revolution of our time*. London/New York.
- LACLAU, E. u. C. MOUFFE (1991 [1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- LEFEBVRE, H. (1991 [1974]): *The production of space*. Oxford.
- LEFEBVRE, H. (1976 [1970]): *Die Revolution der Städte*. Frankfurt a.M.
- LEFEBVRE, H. (1968): *Le droit à la ville*. Paris.
- LEPPER, G. (2013): *Desaströser Einsatz*, In: *Frankfurter Rundschau*, 03.06.2012, S. F2.
- MANANDHAR, T. (2012): Für Europa auf die Straße, für Europa demonstrieren!, Gründe Jugend, In: attac (Hrsg.): *Blockupy - Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone*. Frankfurt a.M., S. 20-23.
- MARCHART, O. (2010): *Die politische Differenz*. Berlin.
- MAY OF SOLIDARITY (2014): *Where*, <http://mayofsolidarity.org/where/>, visited: 08.12.2014.
- MAYER, M. (2008): *Städtische Soziale Bewegungen*. In: Roth, R. u. D. Rucht (Hrsg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt a.M., S. 294-318.
- MERRIFIELD, A. (2013): *The Urban Question under Planetary Urbanization*. In: *IJURR* 37(3), S. 909-922.
- MERRIFIELD, A. (2002): *Metromarxism. A Marxist Tale of the City*. New York.
- MULLIS, D. (2014): *Recht auf die Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie*. Münster.
- MOUFFE, C. (2010 [2000]): *Das demokratische Paradox*. Wien.
- ONLINE-PETITION (2013): *So war es nicht! Petition verfasst am 04.06.2013*, <https://www.openpetition.de/petition/online/so-war-es-nicht>, visited:19.02.2014.
- PABST, A. (2012): *Ziviler Ungehorsam: Annäherung an einen umkämpften Begriff*. In: *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte*, bpb, 62(25-26), S. 23-29.
- PETZOLD, T. u. M. PICHL (2013): *Räume des Ausnahmerechts: Staatliche Raumproduktion in der Krise am Beispiel der Blockupy-Aktionstage 2012*, In: *KrimJ* 45(3), S. 211-227.
- PICHL, M. (2012): *Normalisierung des Ausnahmezustands - eine Rückschau auf die Blockupy-Aktionstage in Frankfurt am Main*, In: *juridikum* 12(3), S. 345-354.
- POL-F PM (02.06.2013): *Vorläufige Bilanz des gestrigen Blockupy-Aufzugs (Nachtrag zu unseren Meldungen 479 und 480)*, Pressemitteilung, 484 Frankfurt-Innenstadt, Polizeipräsidium Frankfurt am Main.
- RANCIÈRE, J. (2011): *Moments politiques. Interventionen 1977-2009*. Zürich.
- RANCIÈRE, J. (2002 [1995]): *Das Unvernünftige*. Politik und Philosophie. Frankfurt a.M.

- RODENSTEIN, M. (2014): Die Hochhausentwicklung in Frankfurt am Main nach dem Zweiten Weltkrieg, In: Sturm, P. u. P. C. Schmal (Hrsg.): Hochhausstadt Frankfurt. Bauten und Visionen seit 1945, Deutsches Architekturmuseum. Frankfurt, S. 12-35.
- RODGERS, S., C. BARNETT u. A. COCHRANE (2014): Where is Urban Politics? In: IJURR 38 (5), S. 1551-1560.
- ROTH, R. (2012): Occupy und Acampada: Vorboten einer neuen Protestgeneration, In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 62(25-26), S. 36-43.
- SCHIPPER, S. (2013): Global-City-Formierung, Gentrifizierung und Grundrentenbildung in Frankfurt am Main. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 4, S. 185-200.
- SCHIPPER, S., L. POHL, T. PETZOLD, D. MULLIS u. B. BELINA (2015 i.E.): Blockupy Fights Back: Global City Formation in Frankfurt am Main after the Financial Crisis. In: Keil, R. u N. Brenner (Hrsg.): Global Cities Reader. Abingdon.
- SCHMID, C. (2005): Stadt, Raum, Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. München.
- SOUZA, M. (2012): The city in libertarian thought. In: City 16 (1-2), S. 4-33.
- STADT FRANKFURT (2013): Frankfurt steht ein für das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit: Klärung der Vorgänge rund um Blockupy 2013, Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung, Markus Frank.
- STADT FRANKFURT PM (04.05.2012): Stadt verbietet Blockupy, Pressemitteilung, Presse- und Informationsamt.
- SWYNGEDOUW, E. (2013): Die postpolitische Stadt. In: sub\urban 1(2), S. 141-158.
- SWYNGEDOUW, E. (2011): Interrogating post-democratization: Reclaiming egalitarian political spaces. In: Political Geography 30(7), S. 370-380.
- UITERMARK, J. (2004): Looking Forward by Looking Back: May Day Protests in London and the Strategic Significance of the Urban, In: Antipode 36(4), S. 706-727.
- VOIGTS, H., L. ALICIA u. L. ANJA (2013): Blockupy – der Tag im Rückblick. In: Frankfurter Rundschau online, <http://www.fr-online.de>, visited: 31.05.2013.
- WILSON, J. u. E. SWYNGEDOUW (Hrsg.) (2014): The Post-Political and its Discontents. Spaces of Depoliticisation, Spectres of Radical Politics. Edinburgh.
- WULLWEBER, J. (2012): Konturen eines politischen Analyserahmens. Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. In: Dzudzek, I., C. Kunze u. J. Wullweber (Hrsg.): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven. Bielefeld, S. 29-58.

Interviews (Namen geändert)

- Michaela (I 01 2013): Interview vom 21. Mai 2013, geführt in Frankfurt a.M.
- Hannes (I 02 2013): Interview vom 28. Mai 2013, geführt in Frankfurt a.M.
- Kathrin (I 04 2013): Interview vom 30. Mai 2013, geführt in Frankfurt a.M.
- DANA (I 05 2013): Interview vom 30. Mai 2013, geführt in Frankfurt a.M.

Daniel Mullis M.A.
Goethe-Universität Frankfurt a.M.
Fachbereich Geowissenschaften/
Geographie
Institut für Humangeographie
Grüneburgplatz 1
D-60323 Frankfurt am Main
mullis@em.uni-frankfurt.de

Резюме

Даниэль Муллис

Демонстрировать! Блокировать! Захватывать! – Объединение «Блокупей» во Франкфурте-на-Майне и производство политического поля

Объединение «Блокупей» («Blockupy») с его днями протестных действий является одной из наиболее широкомасштабных попыток политизации в пределах Германии европейского процесса строгой экономии, осуществляемого с 2010 года. Здесь можно говорить о формировании «политического поля». Основой для этого стало пространственное сочетание акций протеста в глобальном городе Франкфурте с актами гражданского неповиновения. В заключение, основываясь на работах таких авторов, как Лефевр, Лакло, Муффе и Рансьер (LEFEBVRE, LACLAU/MOUFFE, RANCIÈRE), в статье рассматриваются отношения между резистивным производством пространства, историей развития кризиса и городом Франкфуртом, а также их становление как трибуны/сцены для анализируемого протеста. Устанавливается, что пространство является не только фоном для политических споров, но и само по себе дискутируется, формируется и изменяется.

«Блокупей», Франкфурт, общественные движения, политическое поле, производство пространства, гражданское неповиновение

Résumé

DANIEL MULLIS

Manifester! Bloquer! Occuper! – Blockupy Francfort et la production du politique

Avec ses journées d'action, Blockupy constitue l'une des plus vastes tentatives de faire des politiques austéritaires européennes appliquées depuis 2010 un sujet politique en Allemagne. On peut parler à cette occasion de la formation d'un «moment du politique». Sous ce rapport, la conjugaison d'un ancrage spatial de l'action protestataire dans la ville mondiale de Francfort à des actions de désobéissance civile a été déterminante. À la suite des travaux de LEFEBVRE, LACLAU et MOUFFE ainsi que de RANCIÈRE, cet article explore le rapport entre productions d'espaces de résistance, la formation historique de la crise et la ville de Francfort ainsi que sa constitution en scène de la protestation. Il en ressort que la spatialité ne sert pas seulement de décor à des confrontations politiques, mais constitue également le théâtre de combats, un objet à former, et à géométrie variable.

Blockupy, Francfort, mouvements sociaux, le politique, production spatiale, désobéissance civile